

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Goldpfennig

50 Milliarden

Sonnabend

6. September 1924

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-298
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftszelt 9-5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2506-2507

Das Ergebnis von Genf.

Vor einem Übereinkommen der Großmächte.

Genf, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Auf einem am Freitagabend abgehaltenen Presseempfang wurde mitgeteilt, daß ein Übereinkommen zwischen den Großmächten bevorsteht. Vor allem soll das obligatorische Schiedsgericht gesichert und möglichst bald eine Abrüstungskonferenz einberufen werden. Außerdem soll der Artikel 16 des Völkerbundespaktes dahin ergänzt werden, daß er neben wirtschaftlichen Sanktionen auch solche militärischer Art gegen den Angreifer vorsieht.

Die französische Delegation ist von dem französischen Ministerpräsidenten beauftragt, im Falle der Erörterung des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund der Zulassung zuzustimmen. Es ist jedoch vorläufig noch sehr zweifelhaft, ob diese Frage überhaupt zur Debatte kommen wird, zumal die französische und die englische Delegation natürlich einig sind in der Auffassung, daß eine formelle Erledigung dieser Angelegenheit ohne einen entsprechenden Antrag Deutschlands unmöglich ist.

Paris, 6. September. (WTA.) Wie der Sonderberichterstatter des „Reit Parisien“ aus Genf meldet, geht der Eindruck in französischen Kreisen dahin, daß in den Verhandlungen bereits ein entscheidender Fortschritt zu verzeichnen sei. Der Grundgedanke des obligatorischen Schiedsgerichts, den Herriot in London zum Siege geführt habe, habe jetzt schon die einstimmige Billigung aller Teilnehmer gefunden. Auch die Frage der Sanktionen, die von der des Schiedsgerichtsentwurfes getrennt werden könnte, sei in klarer Weise aufgeworfen worden. Man sei sich jetzt darüber einig, durch den Völkerbund eine allgemeine Entwaffnungskonferenz einberufen zu lassen. Es sei aber ebenso selbstverständlich, daß die Verpfändung zum Schiedsgericht und die Verhandlungen über die Entwaffnung der Sicherheitsfrage eng verknüpft seien. Es handele sich jetzt darum, die näheren Einzelheiten dieser Fragen zu untersuchen. Das sei eine Aufgabe, deren Bewältigung Sache der dritten Kommission sein würde. Sie dürfe sich von Montag ab mit dem gesamten Material befassen, das sich darüber im Laufe der vier Jahre angehäuft habe.

Deutschland und der Völkerbund.

Herriot für die Zulassung Deutschlands.

Paris, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine Genfer Sonderkorrespondenz des „Quotidien“ teilt mit, daß Herriot über die Umtriebe der deutschen Nationalisten, die sich fortgesetzt bemühen, seine Erklärungen falsch auszulegen, recht erbittert ist. Der Korrespondent hebt hervor, daß insbesondere die Auslegungen Herriots über die Zulassung Deutschlands keineswegs eine Ablehnung bedeutet hat, sondern daß die ganze französische Delegation den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund als eine im Interesse des Weltfriedens liegende Notwendigkeit betrachtet. „Die Unterhaltung, die ich mit Herriot gehabt habe — so sagt der Korrespondent wörtlich —, überzeugte mich davon, daß er die fortgesetzte Steigerung des Einflusses der Monarchisten in Deutschland tief beavert, um so mehr, als Deutschland vielleicht schon in der nächsten Zeit Veranlassung nehmen werde, gewisse Gesten zu machen, die die Aussicht auf eine Einigung, deren erstes Ergebnis die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund sein sollte, nur gefährden könnte. Insbesondere befürchtet Herriot eine rasche Verschlechterung der allgemeinen politischen Atmosphäre, wenn Deutschland tatsächlich im nächsten Augenblick Gelegenheit nehmen würde, dem Ausland seine Erklärung über die Kriegsschuld zu übergeben.“

Eine offiziöse französische Note.

Paris, 6. September. (WTA.) Die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund steht augenblicklich im Vordergrund des politischen Interesses. Havas verbreitet nachstehende offiziöse Note aus Genf:

Die Stelle der Rede Herriots, die sich auf die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund bezieht, ist von den deutschen Pressevertretern in Genf lebhaft kommentiert worden. Einige haben aus der Erklärung Herriots gefolgert, daß die französische Regierung die Absicht habe, die Taten des Völkerbundes der Reichsregierung in dem gegenwärtigen Augenblick zu verschleiern. Diese Auslegung widerspricht dem Buchstaben und dem Geiste der Ausführungen Herriots. Diese lassen sich in den Worten: „Weder Ausnahme noch Bevorzugung“ zusammenfassen. Die französische Regierung wünscht lediglich, daß die bestehenden Vorschriften auf Deutschland angewendet werden für den Fall, daß es beantragt, in den Völkerbund aufgenommen zu werden. In diesem Falle soll das einschlägige Verfahren dasselbe sein, das bei den vorhergehenden Anträgen um Aufnahme in den Bund zur Anwendung gelangte.

Die Etappen der Aufnahme.

Paris, 6. September. (WTA.) Nach dem Genfer Sonderberichterstatter des „Echo de Paris“ sieht man auf französischer Seite verschiedene Etappen bei der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund vor: Deutschland richtet seinen Antrag an das Völkerbundsekretariat, worauf die Völkerbundsversammlung eine Abänderung ihrer Statuten vornimmt, wonach der Antrag auf Eintritt in den Völkerbund einen Monat vor Eröffnung der jährlichen Session des Bundes eingereicht werden muß. Deutschland könne nicht aufgenommen werden, ohne daß über die Erfüllung gewisser Verpflichtungen des Reiches Untersuchungen in die Wege geleitet werden. Ein Ergebnis würde wahrscheinlich erst im Januar zustande kommen. Auf jeden Fall seien Frankreich, Belgien und die Staaten der Kleinen Entente zu dem Beschluß ge-

langt, daß Deutschland, selbst wenn es einen Sitz im Völkerbunde erhält, an der Ueberwachung, die der Rat über die deutschen Rüstungen ausüben wird, nicht teilnehmen dürfen.

Was hat Macdonald gewollt?

London, 6. September. (WTA.) Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ schreibt: Das einzige Neue, was Macdonalds Rede brachte, war die Forderung, daß die Völkerbundsversammlung Deutschland zulassen und sogar einladen solle. Macdonald scheint für den Gedanken gewonnen worden zu sein, der von den meisten Mitgliedern seines Kabinetts gehegt wird, insbesondere von Lord Parmoor, nämlich, daß Deutschland sofort eintreten solle und vielleicht einen Sitz in dem von Lord Parmoor in Erwägung gezogenen erweiterten Völkerbunde erhalten könnte. Macdonalds Schritt kann natürlich auch durch folgende Erwägungen eingegeben worden sein:

1. um durch Deutschlands Zulassung die Schwierigkeiten zu verringern, die darin liegen, daß der Völkerbund keinen univokalen Charakter hat,
2. um hierdurch die Uebertragung der Kontrolle über die Rüstungen Deutschlands vor einer internationalen Kommission auf den Völkerbund und eine internationale Kommission zu beschleunigen,
3. um seine Teilnahme an der vorgeschlagenen Abrüstungskonferenz zu erleichtern.

Eine Erwägung ergeben zu lassen, daß Deutschland in den Völkerbund eintritt, würde ein noch nicht dogmatischer Fall sein. Aber nach Macdonalds Ansicht wäre ein solcher Fall geeignet, irgendwelche feindschaftlichen Gefühle gegenüber dem Bunde zu beseitigen, die das deutsche Volk nährt. Man würde dem deutschen Volke durch ein solches Vorgehen zeigen, daß es nicht, wie es oft heißt, als Paria in Europa behandelt werde.

Ein „Erfolg“ der deutschnationalen Saboteure.

Paris, 6. September. (WTA.) Gemäß der Havasnote aus Genf über die Ausnahme Deutschlands in den Völkerbund wird die politische Kommission (6. Kommission des Völkerbundes) auf eine Reihe von Fragen zu antworten haben, darunter auf die nachstehenden: „Hat das in Frage kommende Land seine internationalen Verpflichtungen erfüllt, und wie verhält es sich in dieser Hinsicht mit seiner Abrüstung?“ In der Havasnote heißt es ferner: „Es braucht nicht betont zu werden, daß eine so günstige Einstellung der französischen Delegation sich ändern könnte, wenn die Reichsregierung, wie gestern in Genf behauptet wurde, ihre Absicht verwirklicht und tatsächlich die über den Ursprung des Krieges angekündigte Proklamation erlassen wird.“

Die Räumung von Dortmund und Hörde.

Eine französische Erklärung.

Genf, 6. September. (WTA.) Da in Deutschland die Frage der militärischen Räumung der Zone von Dortmund und Hörde Beunruhigung erregt, hat der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ über die Absichten der französischen Regierung eine sehr kompetente französische Stelle befragt. Die mündlich erteilte Antwort lautet:

Herriot ist fest entschlossen, das zu halten, was er in dem Londoner Notenwechsel versprochen hat. Die militärische Räumung der Zone von Dortmund und Hörde wird erfolgen, sobald die wirtschaftliche Räumung beendet ist, nicht erst nach dem vollendeten Abbau der Regie. Entsprechende Instruktionen sind an die Generale ausgegeben worden. Die französische Regierung kann nicht dafür eintreten, daß sich bei der Ausführung der Einzelheiten nicht Schwierigkeiten ergeben, die die Angelegenheit verzögern. Aber an ihrem in London gefaßten Beschluß hat sich bis heute nicht das geringste geändert.

Abbau der Verordnungen.

Paris, 5. September. Nach einer Meldung aus Düsseldorf veröffentlicht der Kommandierende General heute einen Erlaß, durch den die Gebühr für Waffenscheine abgeschafft wird. Durch einen zweiten Erlaß wird die frühere Verordnung abgeschafft, die es den deutschen Behörden unerschwert, Strafverfolgungen gegen politische Vergehen beschuldigte Personen ohne vorherige Genehmigung der Besatzungsbehörden einzuleiten.

Annahme des österreichischen Zolltarifs.

Ablehnung des sozialdemokratischen Minderheitsantrags

Wien, 6. September. (WTA.) Der Nationalrat erledigte nach viertägiger Verhandlung in zweiter und dritter Lesung den neuen Zolltarif, der in der Ausschlußfassung nach Ablehnung des sozialdemokratischen Minderheitsantrages angenommen wurde. Sodann wurde das handelspolitische Ermächtigungsgesetz in allen Lesungen beschlossen, worauf sich der Nationalrat vertagte.

Bei Beratung des handelspolitischen Ermächtigungsgesetzes wies der sozialdemokratische Abgeordnete Ellenbogen auf die Interessen Österreichs in den Staaten hin, die für Österreich das stärkste Absatzgebiet bedeuten und mit denen daher die intensivsten Handelsbeziehungen bestehen, der Tschechoslowakei und Deutschland. So reich wie möglich müsse hier ein durch Handelsverträge geregelter Zustand hergestellt werden.

Der Katholikentag.

Wandlungen und Bekenntnisse.

Von G. Beyer.

Die diesjährige Heereschau des deutschen Katholizismus in Hannover war nicht nur eine Demonstration der Kirchenmacht, nicht nur eine erneute Betonung der kulturellen Einheit von Hierarchie und Zentrumsparthei. Diese Tagung, geschaffen von einer feingegliederten, die Seelen umspannenden Organisation vieler Köpfe und vieler Herzen, hat sich im vollen Bewußtsein mitten in den Strom der lebendigen Politik im neuen Deutschland gestellt, und darum ist der Katholikentag von Hannover bedeutungsvoller als jeder seiner Vorgänger. Neben dem Bekenntnis zur Kulturgemeinschaft haben Männer wie Birch, Joos und Marg die Auseinandersetzung mit Gesellschaft und Staat, mit Verfassung und Reaktion herausgefordert, umbrandet vom Jubel der Tausende, die den polemischen Unterton in den Reden dieser Führer leidenschaftlich unterstrichen.

Der deutsche Katholizismus macht in der harten Schule der Nachkriegszeit eine Wandlung durch. Er hat — darin steht er im Gegensatz zum französischen Klerikalismus mit seiner mystischen Verklärung des Imperialismus — alle nationalistischen Äußerungen abgestreift. Ein katholisches Blatt, das etwa die annektionistisch-altherrliche Kriegspolitik der „Römischen Volkszeitung“ im Geiste der jetzigen Reaktion fortsetzte, ist heute undenkbar. Der harte Zwang für das Zentrum, gemeinsam mit der Sozialdemokratie am Bau des neuen Deutschland zu zimmern, hat dem ganzen Katholizismus neue Erkenntnisse aufgedrängt. Noch vor zwei Jahren konnte der temperamentvolle Kardinal Faulhaber aus München seine mit antilemischen Arabesten geschmückte Rede gegen den „verbrecherisch-unsittlichen Umsturz von 1918“ halten. Heute hat man solche Perspektiven, besonders seit der Hittlerzeit vom November 1923, vollkommen überwinden. Der tiefkonservative Grundzug des Katholizismus, der geschichtlich gemordete Verfassungen, wenn sie sich durchgesetzt haben und die Kirche leben lassen, als „göttlich“ anerkennt, beherrscht ausnahmslos auch die Zentrumsparthei. Die ganze Reaktion, die weitdeutschen Feudalen, die Mittelständler, die „Staatspolitiker“ am Siegermahle, sind in Hannover stumm geblieben. Nur der süddeutsche Professor Kuhlmann schwenkte das alte Banner gegen den Sozialismus, eine der „größten und gefährlichsten Irrlehren“, in einer wenig beachteten Rede. Er stand in einem solch großen Widerspruch zu den Gedankenängsten junger katholischer Geistlicher und Wissenschaftler, dem München-Bladbadern und denen um Dr. Steinbüchel, daß sie nur von der Begriffsverwirrung zeugte, die die sozialen Gegensätze innerhalb des Katholizismus selber erzeugt haben.

Der Grundklang von Hannover, der für Katholizismus und Zentrum zugleich Geltung hat, war: „Wir stehen zu diesem Staat und arbeiten für ihn.“ (Reichsfanzler Marg.) „Wir glauben an die Volksgemeinschaft und die Versöhnung der Völker, nicht an die Methode der Waffe.“ (Joos.) „Völkischer Geist ist undeutscher Geist.“ (Fürst zu Loewenstein.) Uebertragen wir den Sinn aller entscheidenden Reden ins praktisch-politische, so hat sich dieser Katholikentag offen gegen jede Gemeinschaftsarbeit mit Parteien ausgesprochen, die mit der Völkerrentzweigung, mit der innerpolitischen Zerreißung der Volksgemeinschaft politische Geschäfte machen wollen. Die Ideale des Bürgerblocks, die im Zentrum wenige, aber eifrige Gönner haben, werden durch die Reden und die Beschlüsse von Hannover ausdrücklich verleugnet. Freilich lassen darin auch breite Lücken. Aus Rücksicht auf die vielen, die im Herzen noch alte monarchistische Heimlichkeiten verbergen, hat man sich wohl zur geltenden Verfassung, aber nicht offen zur republikanischen Staatsform bekannt. Man machte laise Vorbehalte, damit den Schüchternen kein Hauch vom „Ludergeruch der Revolution“ um die Nase wehe und sie kopfschüttelnd den weltanschaulichen Gegensatz in der Schulfrage auf, der unseren Toleranzbegriff von dem Herrschaftsbegriff der katholischen Kirche scheidet. Und wenn Fürst zu Loewenstein in romantischer Verkennung der in der Welt wirklichen realpolitischen Kräfte den Paps mit dem allgemeinen Schiedsrichteramte an Stelle des Völkerbundes betraut sehen möchte, so bieten solche Träumereien denen um Lubendorf nur zu willkommene Gelegenheit, von den „römischen“ Katholiken in Deutschland zu reden.

Sieht man davon ab, so bestärkt Hannover die Erfahrung, daß sich innerhalb der katholischen Hierarchie eine größere geistige Schmiegsamkeit und Vertrautheit mit den entscheidenden politischen und sozialen Problemen äußert, als in ihrer protestantischen Gegenspielerin. Hier ist in den maßgebenden Kreisen eine Erstarrung und eine Blindheit der jungen lebendigen Kräfte eingezogen, die sie zum Bannerträger unserer Teutonen und Monarchisten macht. Das Beispiel des Evangelischen Bundes ist typisch, der auf seiner Münchener Tagung soeben die übelsten völkischen Ausschreitungen mit seiner Firma deckte. Ein Münchener Redner, Professor Höfler, sah in der völkischen Bewegung einen „tapferen Staatswillen“; nur den lieben Christengott dürfe sie zugunsten Botans nicht antauchen. Hat so der Katholizismus vor diesem engstirnigen Protestantismus durch seinen Drang zur Synthese der verschiedenen sozialen Bevölkerungsschichten und ihrer politischen Grundstimmung vieles voraus, so zeitigt natürlich auch in ihm der Kapitalismus mancherlei Zerkleinerungserscheinungen. Das Zentrum spürt es

immer wieder, und wird es bei den kommenden parlamentarischen Kämpfen doppelt spüren, daß es immer schwieriger wird, die gemeinliche Weltanschauung als den großen Parteilitt zu beharren. Das materielle Interesse der sozialen Zusammengehörigkeit dröhnt gegen die alten Formen der Solidarität der Klassen, und der eben ausgefochtene Kampf Imbusch-Stegerwald ist nur ein Merkmal dafür, daß das ideologische Gewand mit immer größerer Mühe den offenen Ausbruch sozialer und entsprechender staatspolitischer Gegensätze im Zentrum verhindert.

In Hannover haben die um Birth und Joos den größten Widerhall gefunden, und stürmisch hat man auch den alten Fehrenbach begrüßt. Solange der Katholizismus mit dem Zentrum die in den vergangenen Jahren innegehaltene Linie hält, wird sich der Hauptkampf der Sozialdemokratie nicht gegen sie richten, mögen daneben auch soziale und weltanschaulich-schulpolitische Auseinandersetzungen unvermeidlich sein. Gerade im katholischen Westen hat der Kampf der Sozialdemokratie gegen das Zentrum bei der Wahltschlacht des Mai eine solche untergeordnete Rolle gespielt wie nie zuvor. Die gemeinsam getragene politische Verantwortung verpflichtete und dämpfte, und sie hat auch den Katholikentag in Hannover beeinflusst.

Run aber steht Hannibal vor den Toren: der Kampf um die Lastenverteilung. Hier wird sich erweisen, ob die neuen staatspolitischen Bekenntnisse des Katholizismus auch dort Taten zeigen, wo das Zentrum sterblich ist: in der Wirtschafts- und Steuerpolitik.

Die Reichsparteileitung der Deutschen Zentrumspartei veröffentlicht folgende Erklärung:

„Der „Total-Anzeiger“ bringt in seiner Morgenausgabe vom 6. September eine Nachricht über lebhafteste Auseinandersetzungen in der letzten Sitzung des Reichsparteivorstandes in Hannover und auch auf dem Katholikentag. Der Inhalt dieser Auseinandersetzung soll im Bemühen des linken Flügels der Partei unter Führung des Abgeordneten Dr. Birth bestanden haben, dem Abg. Stegerwald den Austritt aus der Partei nahezuweisen. Zu dieser Nachricht muß folgendes festgestellt werden: Die Sitzung des Parteivorstandes ergab eine völlig einmütige Beurteilung der politischen Lage. Gerade Abg. Stegerwald ist es gewesen, der die einseitige Entschiedenheit des Parteivorstandes der Sitzung formuliert vorgelegt hat. Die Katholikentage sind eine rein religiöse Veranstaltung. Direkte politische Erörterungen sind deshalb auch in diesem Jahre nicht Gegenstand der Beratung des Katholikentages in Hannover gewesen.“

Deutschnationales.

Hergt und die Spekulation. — Bazille als Paulus.

Am 25. August hat Herr Hergt im Reichstag die Ablehnung der Dawes-Gesetze für seine Fraktion verkündet und ausgerufen: „Ich möchte beinahe sagen: hier stehe ich, ich kann nicht anders!“ Es war sehr beinahe, schon am anderen Tag konnte er auch anders. Die „Hilfe“ teilt mit:

Der selbe Hergt, der bis zur letzten Minute den Entschluß seiner Fraktion geheim zu halten wußte, hatte schon drei Tage vorher einem in Berlin weilenden amerikanischen Bankier erklärt, die Annahme der Gesetze sei gesichert.

Der Handelsmann Hergt hat die Finanz wahrheitsgetreu genau unterrichtet, die deutsche Öffentlichkeit aber angelogen, indem er wider besseres Wissen Ueberzeugung spielte. Die Annahme der Gesetze sei „gesichert“, hat er gesagt, nicht etwa „leider zu erwarten“. Es hat ihm also etwas daran gelegen. Im Herzen war er auch Ja-sager.

Herr Bazille, ein offener Ja-sager, gesteht indessen den Zusammenbruch der unentwegten deutschnationalen Ideologie ein. Bei einer Gedächtnisrede im Schwarzwald sagte er:

„Der Krieg hat Deutschlands Entwicklung zerrissen. Seit zum ersten Male nach zehn Jahren zeigt sich durch Annahme des Londoner Abkommens die Möglichkeit zu einer Wendung. Ich habe noch nie in meinem politischen Leben Tage

von solcher Spannung und solcher Erschütterung erlebt. Das Gefühl der nationalen Ehre mußte abermunden werden, das Gefühl des Festungskommandanten, der lieber sterben als seine Festung übergeben will. Aber der Staatsmann hat eine andere Aufgabe als der Offizier. Jetzt scheint sich der Anfang der Verständigung zwischen den Völkern anzubahnen. Uns befeht eine leise Ahnung, daß die entwürdigende Sklaverei dereinst weichen werde.“

Weichen werde durch die Politik der Demokratie, durch die Ideen des Rechts und der Verständigung, durch die Erfüllungspolitik! Aber deshalb wollen die Deutschnationalen in die Regierung, um diese Politik zu sabotieren.

Die Abschlußrevision.

Kontrollbeginn in den Fabriken und bei der Polizei.

Die Reichsregierung hat bekanntlich für Montag, den 8. September den Beginn der Abschlußrevision der Interalliierten Militärkontrollkommission angetündigt. Wie eine Berliner Korrespondenz erfährt, werden die Besuche der über das ganze Reich verstreuten Unterkommissionen von Enqueteoffizieren zunächst den früher für Heereszwecke arbeitenden Fabriken und Werken sowie ferner den Formationen der Schutzpolizei in einer Reihe größerer Städte gelten. Bei der Kontrolle der Polizei wird es sich um die Feststellung handeln, ob die Organisation der Schutzpolizei den bekannten Forderungen der Botshafterkonferenz entspricht. Die meisten Unterkommissionen der Interalliierten Kontrollkommission haben ihr Kommen an den verschiedenen Stellen ihrer Kontrolltätigkeit bereits angekündigt, damit die nötigen Vorbereitungen für einen reibungslosen Verlauf der Revision getroffen werden können.

Die Besuche der Kontrollkommissionen bei den verschiedenen Truppenteilen und Einrichtungen der Reichswehr dürften erst zu einem späteren Termin erfolgen, da im Augenblick eine Kontrolle an den verschiedenen Reichswehrstandorten wegen der Abwesenheit der Truppen anlässlich der Herbstmanöver unmöglich ist. Die Vertreter der Kontrollkommission werden bei ihren Besuchen wie gewöhnlich von deutschen Verbindungsoffizieren der Heeresfriedenskommission begleitet werden.

Völkischer Bettel.

Aus Hannover wird uns geschrieben:

In den bürgerlichen Tageszeitungen Hannovers werden im Anzeigenteil Arbeitslose gesucht, um von Haus zu Haus, von Geschäft zu Geschäft und von Ort zu Ort als völkische Werber zu fungieren. Ihre Hauptaufgabe soll darin bestehen, Unterschriften für einen „Volksentscheid“ zu sammeln. Es existiert nämlich ein „Deutscher Volksbund Schwarz-Weiß-Rot E. V.“, der mit allen Mitteln die Wiedereinführung der Farben der abgehalftierten Monarchie erstrebt.

Die Unterzeichnungslisten hat dieser famose Bund auch gleich mit einer Rubrik für Spenden versehen. Er hat nämlich Geld nötig, und das dringend. Damit sich die genügende Anzahl charakterloser Leute unter den Erwerbslosen findet, wird ihnen ein Köder vorgeworfen, auf den vielleicht eine ganze Anzahl anbeißen: Die Werber bekommen nämlich von den gesammelten Spenden 25 Proz. Aber nicht allein das. Neben dieser Hauptbeschäftigung sollen sie noch ihre Werberkraft für das Organ des Volksbundes, für die „Deutsche Front“, das Blatt der vaterländischen Bewegung, entfalten. Für jeden Abonnenten erhalten sie 10 Proz. und für jede geworbene Annahme 20 Proz. dessen, was der Abonnent oder der Geschäftsmann zu zahlen hat.

Dieses in Hamburg erscheinende Machwerk entpuppt sich bei näherem Zusehen als eines der übelsten völkischen Hegeorgane. Zugleich gibt es aber auch Aufschluß über das, was der schwarzweißrote Bund noch alles erreichen will. Sobald ihm der erste Programmpunkt (Wiedereinführung der Monarchie) gelungen ist, hat er noch eine Anzahl anderer Sachen vor. Als erstes: Wehrhaftmachung des Volkes. Einführung des Arbeitsdienstjahres für alle Jugendlichen von 18—22 Jahren. Wer bis jetzt noch nicht gewußt hat, was die Verächter der Arbeitsdienstpflicht, für die nebenbei bemerkt auch Unterschriften zur Herbeiführung eines Volksentscheides geschnorrt werden, damit erreichen wollen,

dem wird das nun ja wohl klar werden. Selbstverständlich erstrebt der Bund die Aufhebung der Weimarer Verfassung, Rückkehr zu Bismarckschen Grundgesetzen, rücksichtslosen Kampf gegen Marxismus, Pazifismus und (selbstverständlich) Juden.

Was nicht ausschließt, daß man nach Angabe des Generalwerbers, Herrn Lange, Semmerstr. 11, auch bei jüdischen Geschäftsleuten Unterschriften und Spenden sammeln kann! Das jüdische Geld können auch Arier ganz gut gebrauchen. Den Juden, denen man die Taten erschiern will, auch die Zeitung zu zeigen, hält dieser biedere Botansänger allerdings nicht für geboten.

Um Dumme anzuloden, enthält das Programm noch einen ganz besonderen Speckhappen: „Einen großzügigen Ausbau der Alters-, Invaliditäts- und Krankenkassenversorgung und der Fürsorge für unsere Kriegsopter.“ Ach nee! Welch edelmütige Rasse, diese Arier. Daß sie die Kriegsopter endlich als die ihrigen erkennen, ist sehr nett; das hindert sie aber nicht, neue Kriegsopter herauszubekommen.

Keiner Partei wollen sie dienen. Beweis dafür sind folgende Ehrenmitglieder: Otto Fürst v. Bismarck (M. d. R.), Artur Dinter (M. d. R.), Freiherr v. Freitag-Laringshoben (M. d. R.), Max Laurenbrecher, Justizrat Claß, Oberfinanzrat Bang, v. Bettow-Borbed, Graf Westarp (M. d. R.). Schon diese kleine Auslese von den „Auserlesenen“ genügt.

Dieser aus „reinstem“ Idealismus entstandene, aus Idealismus arbeitende und auf den Idealismus spekulierende Bund hat nach den Bekundungen des Herrn Lange schon verschiedene nördliche Gebiete (Hamburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg) abgegrast: Stadt und Provinz Hannover sind jetzt ebenfalls zum größten Teil mit einem Reiz von Werbern überzogen, die nun auf die Dörfer gehen, um für völkische Ideale zu schwärmen. Höchstwahrscheinlich ist man jetzt schon dabei, auch in anderen Teilen des Reiches derartige vaterländische „Geschäftsstellen“ einzurichten. Mögen alle Republikaner dafür sorgen, daß den bezahlten Elementen, die sich in den Dienst solcher Sache stellen, überall ein ganz energisches „Betteln und Hausieren verboten“ entgegensteht!

Von Gnaden der Völkischen.

Vertagung des Thüringischen Landtags.

Weimar, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Regierung Deutheuser ist noch einmal gerettet worden. Am Schluß der Abend-sitzung des Landtages wurde ein Mißtrauensvotum gegen die Bürgerblockregierung mit 36 gegen 27 Stimmen abgelehnt. Für das Mißtrauensvotum stimmten Sozialdemokraten, Demokraten und Kommunisten. Die Demokraten haben mit dem Bürgerblock gebrochen. Herr Deutheuser amtiert nun noch durch die Gnade der Völkischen. Der Landtag ist auf unbestimmte Zeit vertagt, aber der Kampf gegen die Regierung des Rechtsblocks, der Uebergriffe, der Unordnung und der Verfassungsfeinde geht weiter.

Parlamentsbeginn in Bayern.

Die Amtsenthebung Seifers aufgehoben?

München, 6. September. (U.) Der bayerische Landtag wird vermutlich Anfang Oktober wenigstens in den Kommissionen seine Arbeit wieder aufnehmen.

Wie der Landesdienst der Telegraphen-Union erfährt, hat sich der bayerische Ministerpräsident gestern auch mit dem Fall Seifer neuerdings beschäftigt. Ueber die Entschlüsse kann noch nichts bekannt gegeben werden. Nach einer Mitteilung der „Allgemeinen Zeitung“ dürfte die Angelegenheit in der Weise ihre Regelung finden, daß der Beschluß des Ministeriums Knilling, durch den Seifer seines Amtes enthoben worden ist, infolge der Entscheidung des Staatsgerichtshofes aufgehoben wird und daß Seifer zum mindesten in den Genuß seines vollen Gehaltes bis zum Ablauf seines Dienstvertrages kommt. Ob Seifer sich damit zufrieden geben wird, sei eine andere Frage.

Der Abgeordnetenmord in Eland. Im Laufe der Untersuchung wegen der Ermordung des sozialistischen Abg. Ranillon wurden bisher 7 Personen, darunter 2 Kommunisten, verhaftet.

Der Unorganisierte.

Von Johannes Berthold.

„Vor Monaten blühte ich meine Stellung in einem großen Bankhaufe ein“, erzählte mir mein Freund. „Mit der Stabilisierung der Markt waren über Nacht hunderte Hände überflüssig geworden. Aber es war auffallend, daß besonders wir freigewerkschaftlich organisierten Beamten zuerst zur Entlassung kamen. Doch unser Verband sicherte fast für jeden Angefallenen eine Abfindungssumme durch den Spruch des Kaufmannsgerichts. Trotzdem verließen wir mit Erbitterung unsere Arbeitsstätte, die, neben anderen Kräften, noch einer unendlichen Schar unorganisierter Kollegen Brot und Arbeit verhielt. In dieser Situation sah ich nach einiger Zeit unermartet eine Gestalt auf der Straße auf mich zukommen und mich begrüßen:

„Guten Tag, Herr Friedrich!“

Ich blüde auf.

„Herr ...“ will ich sagen.

„Krüger ... Krüger ...“ hilft mir der Grüßende, den entfallenen Namen doppelt geschwind ins Gedächtnis rufend, nach.

Herr Krüger —! Ich blühte sprachlos. Das war einer der Kollegen, die unseren Verband von sich wies! Ob seines Dünkels hatte er mich wie die anderen seinesgleichen während meiner zweijährigen Tätigkeit in der Bank niemals beachtet, niemals begrüßt, niemals gefannt. Mir war das im Grunde gleich. Nur daß für ihn die gefegliche Arbeitszeit überhaupt keine Geltung haben sollte —!

Da mußte er oft, trotz seiner müden Blicke, meine Meinung hören. Aber alle Worte glitten an ihm ab. Ihm war selbst die tarifliche Gehaltsregelung verhasst, wie er einmal sagte. Er wollte durchaus etwas „Besseres“ sein ... Und nun —?

Meinem verblüfften Gesicht kam der Kollege Herr Krüger über-ziehend entgegen:

„Wie gehts Ihnen, Herr Friedrich ...? Haben Sie wieder Stellung ...?“

„Nein — noch nicht.“ antwortete ich.

„Ja, es ist heute schwer, wirklich schwer ...“

„Aberdings!“ sage ich darauf nachdrücklich und mit verhaltenem Grimm.

Aber es stört ihn nicht. Er spricht mittelstimmig weiter:

„Man hat mich auch vor vierzehn Tagen abgebaut ...“

„Sie —?“

Ich frage so ungläubig zurück, daß er in diesem einen Wort sein widersprüchliches Verhalten während der ganzen Jahre spüren muß. Und er antwortet hastig:

„Ja, mich. — Mich hat man entlassen ... Und ohne Abfindungssumme ...“

„Ranu —!“

Bei diesem Ausruf stoßt der Kollege, Herr Krüger, etwas vorlegen. Ich weiß nicht, ob sein Zugehörigkeitsgefühl zu denen, die er immer verleugnete, doch im Augenblick in ihm brennt. Denn etwas gedrückt sagt er:

„Aber Sie wissen doch, ich war ja nicht organisiert ...“ —

Natürlich mußte ich es.

Und nun sah ich ihn —! ohne gewerkschaftliche Hilfe, ohne einen Rechtsvertreter, hilflos — noch in der unbewußten Haltung seines jahrelang begabten Dünkels. Und der hatte mich misachtet ...!

Mein Freund schweig. Die Erinnerung hatte ihn im Erzählen erregt. Der Unorganisierte erhob sich sichtbar vor unseren Augen aus dem Meer der Schaffenden.

„Aber wir werden auch diesen Menschentyp gewinnen.“ fügte mein Freund hinzu.

Bildtelegraphie über mehr als 1000 Kilometer.

Die telegraphische Uebertragung von Photographien und graphischen Darstellungen aller Art, die dem deutschen Erfinder Prof. Arthur Korn gelungen ist, findet augenscheinlich in den Vereinigten Staaten mehr Begeisterung und praktische Ausführung als bei uns. In der „Limes“ wird darauf hingewiesen, daß es gelungen ist, Bilder von Cleveland in Ohio nach New York zu übertragen, auf einer mehr als 1000 Kilometer weiten Drahtleitung. Die eigentliche Uebertragung geschah in 4 Minuten 36 Sekunden. 44 Minuten nach der Aufnahme in Cleveland war eine Straßen-szene bereits in New York wiedergegeben. Die Methode, die dabei angewendet wurde, ist in ganz ähnlicher Weise vor Jahren von Prof. Korn ausgearbeitet worden, bei uns aber nicht zur Einführung gelangt. Das Prinzip der Uebertragung beruht darauf, daß das zu übertragende Bild auf eine durchsichtige Walze aufgelegt wird. Ein von einem Beleuchtungssystem ausgehender Lichtstrahl fällt durch den Zylinder hindurch auf eine im Innern befindliche photographische Zelle. Die Walze führt außer der Drehung um ihre Achse auch eine fortschreitende Bewegung aus, so daß der Lichtstrahl jeden Punkt des Bildes einmal passieren muß. Je nachdem die betreffende Stelle des Bildes hell oder dunkel ist, fällt mehr oder weniger Licht auf die Zelle, die einen der Helligkeit entsprechenden Strom nach der Empfangsstation sendet. Dort wird durch den Strom ein Elektromagnet betätigt, der der Stärke des Stromes entsprechend eine Blende mehr oder weniger öffnet. Durch die Blende fällt ein feiner Lichtstrahl auf einen Film auf einer Walze, die in ihrer Größe, Anordnung und Bewegung genau der in der Sendestation entspricht. Der vollständige Gleichlauf der beiden Walzen wird durch bestimmte Vorrichtungen erreicht. Durch die Größe der Öffnung der Blende wird die Stärke der Beleuchtung geregelt, so daß jeder Punkt des Aufnahmebildes entsprechend der Schwärzung des Bildes in der Sendestation beschickt wird. Das übertragene Bild besteht demnach aus einer Reihe feinerer Striche, die da, wo kein Licht auf den Film fiel, ausfallen und an den anderen

Stellen je nach der Stärke der Beschichtung mehr oder weniger dick sind.

Es ist gleichgültig, ob die Uebertragung durch Drahtleitung oder auf drahtlosem Wege geschieht. Nach dem heutigen Stande der Technik ist die Uebertragung auf Kabeln der sicherste Weg; aber auch Versuche der Uebertragung auf drahtlosem Weg sind in den Vereinigten Staaten bereits durchgeführt. Die Bildtelegraphie stellt eine vielversprechende Bereicherung des Pressebetriebes dar. Man kann aber auch Unterschriften, Photographien verfolgter Verbrecher, Identitätsnachweise, ja sogar ganze Zeitungsteile auf diesem Wege übermitteln.

Trianon-Theater: „Sie“. Wer könnte auf der Bühne, die den echten Kottlergeist atmet, „Sie“ anders sein als Erika Gläuner, die hervorragende Bühnenkünstlerin und unübertroffene Kofoten-darstellerin? Es ist ganz gleichgültig, was sie spielt: sie ist immer dieselbe: schmilzig, raffig, routiniert, fest bis an und über die Grenze des Erlaubten, die heute ja sehr weit geht. Immerhin braucht man zu ihren Qualitäten, die besonders im Dekolleté erglänzen, so etwas wie ein Stück. Das letzte hieß Lissi, dem die Kottler ihrer Rolle (und dem Geschäft) zuliebe den Untertitel: die Kofotte gaben. Diesmal wählte man Georg Reides aus dem Komödienhaus der bekannte Komödie: „Sie“. Ein Sittenstück mit guten Einzelbeobachtungen und Anläufe zu einer sozialkritischen Einstellung. Es ist die hübsche, gerissene Tochter eines Berliner Drochsenkutschers, die hiesig will, koste es, was es wolle. Ihre Klugheit, ihre Schönheit, ihre Reize legt sie in das Spiel um die gute Partie. Aber sie macht eben Flaso. Das erstemal, als sie kurz vor der Verlobung mit dem gefährlichen reichen Glashinhaber die Wahrheit ihrer Herkunft gesteht. (Sie hat als Schwindelkünstlerin sich natürlich ein ganz anderes Vie gegoben.) Der zweite Fall ist noch tiefer: der Baron entpuppt sich als Hochstapler. Den strebsamen Oberkellner aber weist sie hoch-näsig ab, um Rettung bei dem Jugendfreund, einem schwärmerischen Violinisten, zu finden. (Dies ist die schwächste Stelle des Stückes.) „Sie“ lebt von den Launen, den Verführungskünsten, die im ersten Akt zweifellos weit über die Absichten des Dichters hinaus getrieben werden, von Frechheiten der Gläuner. Trotzdem die Mitglieder Rudolf Sellinger, Erich Kaiser-Tih (Baron), Georg Wierzorek (der Drochsenkutscher) ihr Bestes tun.

Gesellschaftungen der Woche. Dienst. Deutsches Th.: „Sumurun“. — Mittw. Schloßpark-Th.: „Der Prinz von Romberg“. — Donnerst. Dramat. Th.: „Komödie um Rosa“. — Residenz-Th.: „Die vier Schlämmer“. — Freit. Oper am Königsplatz: „Leier-faßen“. — Tasso, Rammerlänge.

Urania-Vorträge. Theater. Sonnt. 5. 7. Mont. 5. 7. 9. „Colum-busfilm“. Sonnt. 7. 9. Dienst. 5. 7. 9. „Sonnen 4“. „Kagabate“. Sonnt. 6. 9. 9. „Mit Berlin II“. — „Aster-Saal“. Sonnt. 6. Sonnt. 6. 9. „Von der Zugspitze zum Bismarck“. Mont. 6. Donn. 8. „Im Kampf mit den Bergen“. Täg. 6 oder 8. „Das Werden des Menschen“. Dienst. Mittw. Freit. 6 oder 8. „Sunder des Schneehubs“.

Im Deutschen Opernhaus findet am Sonntag eine Vorstellung zu vaterländischen Breiten statt. Zur Aufführung gelangt „Die Fiedermäuse“, mit Meta Seimeger als Kostümbde. Beginn der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Bute Ausichten für die deutsche Anleihe.

London, 6. September. (W.B.) „Times“ meldet aus Washington: Schatzsekretär Mellon sagte in einer Erklärung über die deutsche Anleihe: Die Ausfuhrkredite, die von den finanziellen Interessenten Amerikas gewährt werden würden, würden an Höhe die Dames-Anleihe für Deutschland noch übersteigen. Die Anleihe soll Deutschland instand setzen, seine Verpflichtungen zu erfüllen und seine Kredite wieder herzustellen. Wenn bekannt werde, daß eine erste Hypothek auf die deutschen Eisenbahnen und Industrien die Sicherheit für die Staatsanleihen darstelle, und daß die alliierten Regierungen selbst im Falle eines deutschen Verzuges bei den Reparationszahlungen nichts tun würden, um diese Sicherheit zu gefährden, und falls erzwungene Zahlungen notwendig werden, die Alliierten erst die Ergebnisse solcher Zahlungen für den Dienst der Anleihe anweisen würden, so sei zu erwarten, daß die Kapitalanleger nicht zögern würden, die Anleihe aufzunehmen. Ueber die Frage der alliierten Schulden sagte Mellon, es werde besser sein, zu warten, bis der Dames-Plan einige Zeit in Wirksamkeit sei und die Schuldnationen Gelegenheit gehabt hätten, daraus Vorteile zu ziehen. Dann erst sollte eine Anragung bezüglich der Zahlung der Schulden an Amerika gemacht werden.

Der amerikanische Kredit für die Ruhrindustrie.

Essen, 6. September. (W.B.) Die deutsche „Bergwerkszeitung“ beschäftigt die Meldung über Verhandlungen zum Abschluß eines amerikanischen Kredits für die Ruhrindustrie. Es soll sich dabei um einen Betrag von 10 Millionen Dollar handeln, der auf ein Jahr fest gegeben werden soll. Der Zinssatz betrage 6½ bis 6¾ Proz., nachdem die amerikanisch-deutsche Bankgruppe zuerst 7 Proz. Zinsen verlangt hatte. Die deutschen Banken, die die Bürgschaft für den Kredit übernehmen, erhalten eine Provision von 3 Proz. Die Gesamtverzinsung des Kredits beläuft sich also auf 9½ bis 9¾ Proz.

Die dänische Kinderhilfe.

Kopenhagen, 5. September. (Eigener Drahtbericht.) Das seit 1919 bestehende Komitee für Kinderhilfe in der am Krieg beteiligten Ländern“ schließt am 1. Oktober seine Arbeiten ab. Aus seinem Wirken ist hervorzuheben, daß ungefähr 55 000 Kindern aus Deutschland, Oesterreich und Danzig durchschnittlich vier Monate kostenlos Aufenthalt gewährt wurde. Der Plan, auch belgische und französische Kinder nach Dänemark zu nehmen, wurde von diesen beiden Staaten dankend abgelehnt. Dafür hat das Komitee in Frankreich zwei Kinderheime eingerichtet, unterstützt noch andere und hat ungefähr 9 Millionen Kronen für verschiedene Hilfe an belgische und französische Kinder gegeben. Im August wurden 3. B. 2000 belgische arme Kinder vom Heim bis zu den Schulen neu eingekleidet. An Bargeld sind 25 Millionen Kronen im Laufe der sieben Jahre gesammelt worden. Von ihnen erhielt Deutschland 12 Millionen. Der Rest wurde auf Oesterreich, Danzig, Belgien und Frankreich verteilt. Rechnet man, daß die Pflegeeltern für ihr Kind monatlich ungefähr 75 Kronen aufwenden mußten, so kommt man zu einem Wert der Kinderaufnahme in Dänemark von mindestens 11 Millionen Kronen, so daß Deutschland allein Dänemark eine Hilfe für seine Kinder von 23 Millionen zu danken hat. Der Dank gebührt nicht zuletzt den Männern, die diese Hilfe so lange geleistet haben. Das sind insbesondere der dänische Regierungsvorsitzende des Komitees Departementschef Schröder und der bekannte dänische sozialdemokratische Folkethingemann J. P. Rielsen.

Der Aufstand in Georgien.

Blutige Repressalien der Sowjetregierung.

Anlässlich des in der vorigen Woche ausgebrochenen Aufstandes in Georgien und Herbeibringen, über den anfangs sehr unbestimmte Meldungen vorlagen, werden jetzt Einzelheiten bekannt, die ein allgemeines Bild der Vorgänge liefern. Danach scheint der Aufstand vollkommen spontan ausgebrochen zu sein, als Folge der ungeheuren Erbitterung der örtlichen Bevölkerung gegen die terroristische Herrschaft der russischen Bolschewisten, die in Georgien wie in einer eroberten Provinz hausten. Der beste Beweis für den spontanen Charakter des Aufstandes liefert die Tatsache, daß die örtliche Bevölkerung sich gegen ihre Brüder erhob, obwohl die stärkste georgische Partei, die Sozialdemokratie, sich fortgesetzt mit allem Nachdruck gegen einen bewaffneten Aufstand erklärte.

Die Aufstandsbewegung, die anfangs zur Besetzung eines großen Teiles aller Ortschaften durch die Aufständischen führte, wurde sehr bald durch die ungeheure militärische Uebermacht der russischen Bolschewisten niedergeworfen. Jetzt vollzieht sich in dem gemarterten Lande ein Sachanal der Rache, wie es bisher nur bei den türkischen Eroberern im Kaukasus oder in Kleinasien üblich war. Zu Hunderten werden die gefangenen Arbeiter und Bauern abgeschlachtet. Tausende werden eingekerkert, alle, die nur irgendwie im Verdacht oppositioneller oder sozialistischer Gesinnung stehen, sind der blutigen Willkür der Tscheka ausgeliefert.

Um diesem blutigen Treiben einen Schein von Rechtfertigung zu geben, verbreitet die Sowjetpresse die ungeheuerlichsten Verleumdungen gegen die georgische Sozialdemokratie und die Sozialistische Arbeiterinternationale, die angeblich den Aufstand in Georgien angezettelt hätten. Ueberflüssig zu sagen, daß an diesen Verleumdungen kein wahres Wort ist. Über die Sowjetregierung und ihre kommunistischen Soldschreiber in Europa brauchen diese Blige, um das ungeheuerliche Verbrechen zu bemänteln, das an dem georgischen Volke verübt wird.

Sawinkow und die Mirbach-Affäre.

In keinen Auslagen vor dem Moskauer Militärgericht hatte der jetzt zu den Bolschewisten übergetretene Bandenführer Sawinkow u. a. auch die Hintergründe des Attentats auf den deutschen Botschafter Mirbach im Jahre 1918 berichtet. Hierzu werden wir von der Auslandsdelegation der linken Sozialrevolutionäre Russlands um Aufnahme folgender Erklärung gebeten:

„In der Verhandlung gegen den Konterrevolutionär Sawinkow am 27. August in Moskau hat dieser als seine Vertretung ausgesprochen, daß die linken Sozialrevolutionäre mit den französischen diplomatischen Vertretern in Russland konspiriert hätten und daß das Attentat auf Mirbach vielleicht darauf zurückzuführen sei. Da die bolschewistische Presse aus dieser „Bermutung“ des Sawinkow schon ihre Parteiverleumdungen zu befruchten verfuhr, stellen wir hier der Wahrheit gemäß fest: Die Partei der linken Sozialrevolutionäre hat niemals mit irgendeiner ausländischen Macht, weder mit der französischen noch mit der deutschen oder sonst einer, weder in Moskau noch an irgendeiner anderen Stelle, Beziehungen angeknüpft. Alle gegenseitigen Behauptungen und Folgerungen sind Blige und verfolgen lediglich den Zweck, die brutalen, seit Jahren erfolgenden Mordtaten sozialistischer Revolutionäre durch die bolschewistischen Machthaber mit einem Schein von Berechtigung zu umgeben.“

Höflichkeit im Verkehr.

Im Anschluß an die kleine Betrachtung „Höflichkeit im Verkehr“ vom 2. d. M. geht uns folgende Illustration zu diesem Kapitel an, die sich auf die Verhältnisse in Paris beziehen.

Obwohl ich leider annehmen muß, daß sowohl Ihre Veröffentlichung vom 2. September wie auch andere Bemühungen in dieser Richtung wenig an dem bestehenden Zustand allgemeiner Unhöflichkeit im Verkehr bei uns ändern werden, kann ich doch nicht umhin, Ihnen zu diesem Thema zwei Episoden von meinem jüngsten Pariser Aufenthalt zu berichten, an denen sich die noch nicht ganz hoffnungslos vielleicht ein Beispiel nehmen können, und die wenigstens dazu dienen sollen, den törichtsten Glauben zu zerstören, daß Deutsche in Frankreich ständig chauvinistischen Demonstrationen, Beleidigungen oder gar persönlichen Gefahren ausgesetzt sind, wenn sie als Deutsche erkannt werden. Das Gegenteil ist der Fall. Es wird auf den Straßen, in Lokalen, auf Omnibus und Untergrundbahn und sonstigen Verkehrsmitteln ganz ungeniert deutsch gesprochen, ohne daß sich jemand die Mühe nimmt, sich danach umzusehen, geschweige denn in französisch-österreichischer Form — nach berühmten Mustern — seine Mißbilligung kundzugeben. Das ist schon aus dem Grunde völlig ausgeschlossen, weil ja in allen französischen Städten, besonders aber in Paris, sich ständig zahlreiche Schweizer und Essäler aufhalten, die natürlich ihre Muttersprache sprechen und es sich von den Franzosen höflichst verbitten würden, wenn man sie daran hindern wollte. Nun zu den Beispielen.

Ich möchte zur Zeit recht starken Verkehrs mit einem Bekannten, der zum erstenmal in Paris weilte, die Untergrundbahn besteigen. Dabei passierte meinem Begleiter das Mißgeschick, daß er seinem Vordermann auf die Hacken trat. Er selbst war der einzige, der darüber erschraken war, blieb ein bis zwei Sekunden offenbar mit verhaltenem Atem stehen in der Erwartung, daß der „Berletzte“ sich umdrehen und ihm seine Ansicht über Lebensart im allgemeinen und über diesen Unfall im besonderen mitteilen würde. Nichts dergleichen geschah. Ich erklärte dem Unvorsichtigen ganz ruhig: „Sehen Sie nur weiter, Sie werden hier nicht angechnauzt, wir sind hier nicht in Berlin. Wenn hier im Gedränge jemand auf den Fuß getreten wird, so weiß er, daß der Mißfälliger es nicht zu seinem Vergnügen getan hat.“

Der zweite Vorfall war noch lehrreicher. Es besteht in Paris die sehr vernünftige Einrichtung, daß man sich zu verkehrsreichen Tageszeiten an den Omnibushaltestellen von den dort auf kleinen Tafeln angelegten Blättern kleine nummerierte Zettel abreißt. Dies sind sozusagen Omnibusfahrtscheine. Sie geben die Reihenfolge an, in der die Fahrgäste gekommen sind und in der sie befördert zu werden das Recht haben. Es fällt niemandem ein, sich irgendwie vorzudrängen, wenn der Chauffeur die Nummern aufruft, und es ist auch nicht üblich, irgendeinen Versuch zu machen, noch in letzter Sekunde aufzuspringen, um auf diese Art den anderen vorzuzukommen. Einmal passierte es aber doch. Ein Offizier in Uniform, der gerade antam, als der Schaffner schon abgeklingselt hatte, sprang auf. Prompt brachte der Schaffner durch Klingelzeichen den Wagen wieder zum Stehen und erklärte dem Offizier: „Ihre Nummer ist noch nicht an der Reihe, Sie müssen warten.“ Darauf entpinn sich folgender Dialog. Der Offizier: „Ich kann nicht warten; ich habe größte Eile, ich muß zum Dienst.“ Der Schaffner: „Dann hätten Sie früher kommen müssen. Ich muß nach meinen Vorschriften handeln.“ Der Offizier schweigt. Der Schaffner: „Ich fordere Sie auf, den Wagen zu verlassen und werde nicht eher weiterfahren.“ Das Publikum schweigt ebenso wie der Offizier. Der Schaffner: „Wenn Sie jetzt nicht den Wagen verlassen, werde ich einen Polizisten rufen.“ Darauf verließ der Offizier den Omnibus, ging an die Tafel mit den Nummerblättern und riß sich seine Nummer ab, um mit dem nächsten Omnibus zu fahren. Ich stelle den Lesern anheim, sich auszumalen, wie eine solche Episode in Berlin verlaufen wäre.

Ein Raubmörder gesucht!

500 Mark Belohnung auf seine Ergreifung.

Vor einigen Tagen war einer der beiden Raubmörder, die auf der Feldmark Beetz in der Nacht zum 18. August den Vorhanschnitt Hermann Müller ermordet und seiner gesamten Ersparnisse, die er bei sich trug, beraubt hatten, am Schlesischen Bahnhof ergriffen worden. Es war dies der 24 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Julius Czornek. Er wurde dem Untersuchungsrichter in Schwerin zugeführt. Seine Komplize, der landwirtschaftliche Arbeiter Gustav Schwarz, hat sich ebenfalls eine Zeitlang in Berlin aufgehalten. Das Geld, das er erbeutet hatte, hat er inzwischen für seinen Unterhalt verbraucht. Zuletzt hat er sich unter falschem Namen auf dem Gute Lindendof bei Berlin aufgehalten. Hier besuchte er seine frühere Braut. Da er sich aber auch hier nicht sicher genug fühlte, verschwand er bald wieder. Um sich neue Mittel zu schaffen, brach er vorher in die Wohnung eines dortigen Vorhanschnitters ein. Er entwendete hier Kleingeldstücke und Geld. Bis jetzt ist er noch nirgends wieder aufgetaucht. Auf seine Ergreifung ist von der Staatsanwaltschaft in Schwerin eine Belohnung von 500 Mark ausgesetzt. Schwarz ist 28 Jahre alt, 1,70 groß, hat dunkles Haar und ist bartlos. Zuletzt war er mit einer hellgrauen Mütze bekleidet, deren Schirm mit Leder eingefaßt ist. Ein blaues Jackett von ziemlich heller Farbe und seidgraue Beinkleider bildeten seinen Anzug. Es ist möglich, daß er sich wieder aufs Band begibt, um dort unter falschem Namen Arbeit zu nehmen. Mitte August ermordete der Schnitt Paul Buczkowski auf dem Hofe Dahlsen in der Nähe von Hemer den Vater seines Dienstherrn, einen Pferdewechter und verwundete die Hauswächterin schwer. Seine Opfer trug er in die Scheune und verstaubte sie hier. Danach raubte er in dem Hause bares Geld und andere Wertgegenstände und verschwand damit. Wahrscheinlich hatte er die Gegend verlassen. Am Mittwoch, den 3. September, fand man ihn in der Nähe des Hofes Dahlsen an einem Baume erhängt. Er hat sich selbst gerichtet.

Ein neuer Rundfunksender Berlin II.

Da die Uebertragung des Senders Berlin II, den bekanntlich die Firma Huth erbaut hat, nicht allen Anforderungen genügt, besonders die Güte der Uebertragungen sehr zu wünschen übrig ließ, wird jetzt ein zweiter Sender dort aufgestellt, den das Telegraphen-technische Reichsamts in eigener Regie erbaut. Es kann in einigen Wochen mit der Inbetriebnahme des Senders gerechnet werden, und es wäre zu hoffen, daß Berlin nun endlich mit einem Sender ausgerüstet würde, der es an Güte mit den bisherigen ausländischen Stationen aufnehmen könnte. Ueber die Ausmaße des neuen Senders steht zur Stunde noch nichts endgültig fest, doch soll darauf Bedacht genommen werden, daß seine Antennenenergie derartig groß gehalten wird, daß eventuell auch Provinzsender als Relaisstationen mit den Berliner Uebertragungen arbeiten können. — Der Bau des auf dem Gelände der großen Berliner Funkstation errichteten Senders schreitet, wie wir erfahren, rüstig vorwärts. Die Gittermasten der Sendeanenne sind bereits bis zur halben Höhe gegeben. Selbstverständlich kann keine Rede davon sein, daß, wie eine Fachzeitschrift wissen wollte, in 40 Meter Höhe des Antennenmasses ein Café-Restaurant eingerichtet werden soll. Die Masten unterscheiden sich in räumlicher Beziehung nicht im geringsten von anderen der gleichen Art. Als Sendenergie ist vorläufig eine Antennenleistung von 3 Kilowatt in Aussicht genommen, doch bleibt eine Steigerung der Sendenergie für den endgültigen Sender vorbehalten. Die Arbeiten sind soweit gegeben, daß mit ihrer pünktlichen Fertigstellung bei Eröffnung der Ausstellung am 4. Dezember bestimmt gerechnet werden kann.

Das Unglück auf dem Potsdamer Bahnhof.

Der Prozeß vor dem Schöffengericht.

Das schwere Unglück auf dem Potsdamer Fernbahnhof, das sich am 14. Juli 1924 ereignete und sehr viele Schwerverletzte und eine Anzahl Tote zur Folge hatte, soll heute vor Gericht seine gerichtliche Klarstellung finden. Als Urheber sieht die Anklage bekanntlich den Fahrdiskenfaher des Stellwerks P. o. o., den Eisenbahnschaffner Adolf Krüger, und den Lokomotivführer des Magdeburger Schnellzuges Bruno Sauer aus Brandenburg an, die der fahrlässigen Tötung, der fahrlässigen Körperverletzung und der Transportgefährdung beschuldigt werden. Staatsanwaltschaftswat Dr. Orthmann vertritt die Anklage, während Landgerichtsdirektor Dr. Schneider den Vorbehalt der Verhandlung des großen Schöffengerichts Berlin-Schöneberg im Schwurgerichtsfoal des Landgerichts II führt.

Wie erinnerlich, erfolgte am 14. Juni 1924 kurz vor dem Potsdamer Fernbahnhof ein Zusammenstoß zwischen dem Magdeburger Schnellzug 361 und dem aus Werder kommenden Barortzug 4121a. Die Folge war furchtbar. Vier Wagen wurden hochgehoben und gingen zum Teil an zu brennen. Zwei Damen waren sofort tot, ein schwerverletzter Beamter starb bald darauf und schließlich erlitt noch ein Verletzter den Tod. 13 Schwerverletzte lagen noch auf dem Plage, so daß im ganzen 57 Personen Verletzungen davontrugen. Bei Beginn der Sitzung ermahnt der Vorsitzende zunächst die Zeugen, in Anbetracht der Kampfesstimmung, die sich gelegentlich dieses traurigen Ereignisses mehrfach in der Öffentlichkeit bemerkbar machte, sich nicht davon beeinflussen zu lassen. Ebenso ermahnte er die Sachverständigen, im Hinblick auf die technischen Fragen, die fast ausschließlich den Prozeß beherrschen, nicht nur in technischem, sondern in einem gutverständlichen Deutsch zu sprechen. Sodann stellte Rechtsanwalt Dr. Bahn den Antrag, der Sachverständigen Brandt abzulehnen, da er der Eisenbahndirektion Berlin angehöre und die Angeklagten haben den Standpunkt eingenommen, daß nicht sie, sondern einzig und allein die Eisenbahndirektion die Schuld trage. Er kam daher nicht objektiv urteilen. Das Gericht lehnte jedoch diesen Antrag ab. Bei seiner Vernehmung gab der 47jährige Angeklagte Krüger zunächst an, daß er seit 1922 im Fahrdisken auf dem Stellwerk tätig sei. Nach seiner Angabe hat er an dem fraglichen Tage, als er den Dienst antrat, festgestellt, daß in dem Blockwerk zwei Störungen sich befanden, so daß er weder für die Einfuhr noch Ausfuhr die Signale geben konnte. Die Lokomotivführer belamen deshalb den Befehl „A“, d. h. sie durften auf Meldung hin die Haltsignale überfahren. Der Angeklagte machte dann, wie er behauptet, dem Beamten Seegebusch telephonisch von den Störungen Meldung. Als sich dann infolge der Störungen am Blockwerk ein Zug verpölte, kam der Oberbahnhofsvorsteher in das Stellwerk und der Angeklagte teilte ihm mit, daß er nicht in der Lage sei, ordnungsgemäß das Blockwerk zu bedienen. Der Oberbahnhofsinspektor sagte ihm deshalb, er solle sich sofort eine Hilfskraft beordern, die bisher immer verboten worden sei, die auch dann nach etwa 10 Minuten eintraf. Diesem will der Angeklagte nun nach seinem Antritt gesagt haben: „Wir müssen die Züge zurückerufen.“ Er will also das vorgeschriebene Meldeverfahren angeordnet haben, was jedoch, wie der Vorsitzende ihm entgegenhält, von dem Telegraphisten bestritten wird. Als um 8 Uhr 11 Min. der Unglückszug fahrplanmäßig auf das Gleis 3 eingefahren war, war dieses noch von Lokomotiven besetzt. Der Angeklagte machte daraufhin das Gleis frei und gab dann das Einfahrtsignal für den Zug, der von dem Stellwerk Pof. gemeldet war, als das Gleis noch nicht frei war. Deshalb hatte er den Unglückszug zunächst zwischen den beiden Stellwerken halten lassen. In dem Augenblick, als er das Signal gegeben hatte, soll dann nach Behauptung des Angeklagten ihm jemand gesagt haben: „Was ist denn das, da steigen ja so viele Leute aus.“ Er war zunächst der Meinung, daß Fahrgäste, weil der Zug mehrere Minuten gestanden hatte, ausgestiegen waren, um den nahegelegenen Bahnhof zu Fuß zu erreichen. Krüger gab nun die Anordnung, daß die Leute wieder in den Zug einsteigen sollten, da er ja fahren könne. Da will er die Mitteilung bekommen haben, der Zug könne nicht weiterfahren, weil er entgleist sei. Dann hörte er aber, daß der Magdeburger Schnellzug auf den Barortzug aufgefahren sei. — Die Verhandlung geht weiter.

J. R. 3 in München.

Kursänderung der Süddeutschlandfahrt.

Friedrichshafen, 6. September. (Eigener Drahtbericht.) Bei prachtvollem sonnigen Wetter hat heute morgen um 9 Uhr der Amerika-Zeppelin J. R. 3 seine erste größere Probefahrt nach Stuttgart und München angetreten. Bereits von 8 Uhr morgens an herrschte in der großen Halle II reichliches Treiben. Die letzten Vorbereitungen zu der Fernfahrt, die das Luftschiff in achtstündiger Fahrt über der Süden des Reiches führen wird, wurden unter Leitung des Kommandanten Dr. Eckener und des Kapitänsleutnants Flemming getroffen. Die Motore, die Sämertenslander, die nach der ersten Werkstättenfahrt Anlaß zu Reparaturen gaben, wurden noch einmal ausprobiert und der Probelauf verlief anschließend zur vollen Zufriedenheit. Um 1/9 Uhr bestiegen dann die Gäste, die Mitglieder der Amerikanischen Abnahmekommission Hubden, Smith und Kenned, der Leiter des flugtechnischen Instituts der Universität Berlin, Professor Hoff, sowie Vertreter der Reichs- und württembergischen Regierung, die Passagiergondel. Um 1/9 Uhr wurde dann das Luftschiff aus den Verankerungen in der Halle gelöst, und das Abmischen begann. Auf dem Felde vor der Halle wurde dann der J. R. 3 mit der Spitze nach Süden gedreht und auf das Kommando „Los!“ hob sich das Luftschiff auf zwanzig Meter Höhe. Ein helles Glockensignal und die fünf Motore sprangen an. Unter den Klängen des „Deutschlandliedes“ der Reichswehrkapelle und der Hochrufen der Zurückbleibenden flog das Luftschiff durch den Bodenebel davon. Es flog zu nächst nach Lindau, kehrte dann zurück und flog dann kurz quer über den Bodensee auf Konstanz, wo es mehrere Schleifenfahrten ausführte. Von Konstanz kehrte der J. R. 3 wieder nach Friedrichshafen zurück, um dann gegen 9 1/2 Uhr mit nördlichem Kurs den Heimathafen zu verlassen.

Ein weiteres Telegramm meldet: Aus Gründen, die bisher noch unbekannt sind, hat der J. R. 3, der ursprünglich heute von Friedrichshafen zunächst nach Stuttgart und dann erst nach München fliegen wollte, unterwegs seine Fahrtroute geändert und gegen 10 Uhr vormittags Kurs nach Osten, nach Bayern genommen. Gegen 12 Uhr mittags, also nach etwa 1 1/2-stündiger Flugzeit, traf der Zeppelin-Kreuzer, von Süden kommend, in München ein, wo sein Erscheinen, das zu so früher Stunde noch nicht erwartet war, riesiges Aufsehen erregte. Auf allen Plätzen und Freizeiten der Stadt sammelten sich zahlreiche Menschenmassen, die dem in niedriger Höhe einge Schleifen fliegenden Amerika-Zeppelin zuzusehen. Nach einigen Minuten flog dann das Luftschiff in nördlicher Richtung mit Kurs auf Stuttgart davon.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Wolkig und sehr neblig, zeitweise etwas aufklarend, keine erheblichen Niederschläge.
Deutschland: In West- und Süddeutschland größtenteils trocken, im Osten noch Regen.

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind dem Redaktionssekretariat, Berlin, S.W. 68, Lindenstraße 2, 2. Pfl., 2 Trepp. rechts, zu richten.

12. Okt. 116., 117. und 120. Bezirk. Am Sonntag Familienausflug nach Wiesbaden (Zentral „Alter Freund“). Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Herestraße.

Gewerkschaftsbewegung

„Nieder mit den Spaltungsbestrebungen!“

Das Vollzugsbureau der Roten Gewerkschaftsinternationale richtet in den „Roten Fahnen“ ein „Offenes Schreiben an sämtliche Arbeiter Englands, Deutschlands, Frankreichs, Belgiens, Oesterreichs und anderer Länder, die in der Amsterdamer Internationale vereinigt sind“. Die Rote Gewerkschaftsinternationale hat offenbar die Oberaufsicht über die Einheitsfront der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale gepachtet. Ihre Legitimation hierzu leitet sie aus der Behauptung her, sie habe mehrfach ihr Bestreben bezeugt, die Einheit der Arbeiterbewegung der ganzen Welt herbeizuführen. Das heißt, sie will die Einheit der sozialistischen Arbeiterbewegung durch Herbeiführung einer kommunistischen Einheit innerhalb der Amsterdamer Gewerkschaften verdrängen. Wenn ihr dies immer noch nicht gelungen ist, so sind lediglich die reformistischen Führer daran schuld, die „den Gewerkschaftsapparat in ihren Händen behalten“, anstatt ihn den Kommunisten auszuliefern.

Die „Rote Gewerkschaftsinternationale“ erhebt daher in ihrem „Offenen Schreiben“ eine förmliche

Anklage wider die belgischen Gewerkschaften,

die auf ihrem Kongress beschlossen haben, daß die Kommunisten keine leitende Stellungen in den Gewerkschaften bekleiden dürfen. Der belgische Gewerkschaftskongress hat damit Spaltungsbestrebungen verfolgt und die Einheitsfront geschädigt — sogen die Moskauer.

„Glauben denn die belgischen Reformisten und mit ihnen auch einige Führer der Amsterdamer Internationale: Dudgeest, Silberstein, Douhaux, die auf dem Kongress diese Resolution unterstützten, daß die Entfernung der Revolutionäre von ihren Posten in den Gewerkschaften eine Garantie gegen die Verlängerung der Arbeitszeit, gegen den Lohnabbau ist?“

Nein, das glauben sie sicherlich nicht. Sie glauben nur noch weit weniger, daß durch die ganzen kommunistischen Quertreibereien in den Gewerkschaften die Kraft und Macht der Gewerkschaften berührt wird, um die Verlängerung der Arbeitszeit zu verhindern und Lohnerhöhungen anstatt Lohnkürzungen durchzuführen. Im Gegenteil, alle diese „Reformisten“ wissen, daß überall da, wo die Agenten der kommunistischen Partei die Kollage aus der Nachkriegszeit dazu mißbrauchten, um die Arbeiter gegen ihre Gewerkschaften aufzupumpen, die Gewerkschaftsbewegung geschwächt und durch kommunistische Senderorganisationen zersplittert wurde.

Auf Grund all der jahrelangen üben Erfahrungen, die die Gewerkschaften der verschiedenen europäischen Länder über die unheilvollen Wirkungen der systematischen kommunistischen Maulwurfsarbeit in ihren Organisationen machen mußten, sind sie gezwungen, sich dagegen zu wehren und zu schützen. Wir wollen damit der Antwort des Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes auf das formell an seine Adresse gerichtete „Offene Schreiben“ nicht vorgehen.

Die Moskauer Sowjetkommissare der „Roten Gewerkschaftsinternationale“ sollten es aber doch endlich aufgeben, weiterhin in der Biedermänner-Maske an die „Sympathien der ehrlichen Arbeiter“ zu appellieren. Die Sympathien der „Amsterdamer“ mit der russischen Arbeiterschaft hatten sie für ihre Sonderzwecke erschlichen, jedoch in einer Weise mißbraucht, daß sie mit ihren läugerischen Machenschaften von ehrlichen Arbeitern keine Sympathie zu erwarten haben. Wir können sie nicht hindern, solange sie in Rußland ihre Diktatur über das Proletariat aufrecht erhalten können, dort die ihnen für ihre besonderen Zwecke geeignet erscheinenden Methoden gegen die Gewerkschaften anzuwenden. Die doppelzüngige „Einheitsfront“ der Moskauer Bauernfänger und ihrer Helfer bedeutet eine grobe Beleidigung der Arbeiterschaft durch die maßlose Unterschätzung ihrer Intelligenz. Darauf stützt sich die ganze Moskauer Spekulation, die nur dann Erfolg hat, wenn sie die Arbeiterschaft in besonders großer Notlage trifft. Daher muß ihr der Erfolg auf die Dauer verjagt bleiben, trotz aller raffinierten Aufrufe. Das enthebt die Gewerkschaften jedoch nicht der Notwendigkeit, die Moskauer Spaltungsbestrebungen unter dem Vorwand der „Einheitsfront“ energisch zurückzuweisen.

Tariffstreit in der Lederwarenindustrie.

In den bereits mehrere Monate fortgeführten Verhandlungen über den Abschluß eines neuen Manteltariffs für die Lederwarenindustrie ist es im vorigen Monat zu einem Schiedsspruch gekommen, der unter Verbeibehaltung der 48stündigen Arbeitswoche den Zuschlag für Überstunden von 25 Proz. auf 10 Proz. für die erste Stunde

herabsetzte. Für die zweite Stunde sollten auch weiterhin 25 Proz. gezahlt werden. In bezug auf die Bezahlung der auf die Wochenlöhne fallenden Feiertage sah der Schiedsspruch nur noch eine Bezahlung des zweiten Weihnachtstages vor. Die Höchstzahl der Feiertage wurde von 7 auf 6 Tage verläßt. Was den Unternehmern diesen Schiedsspruch besonders angenehm machte, war die Bestimmung, daß das Alter für Arbeiter, die als Heimarbeiter gelten wollen, von 30 auf 23 Jahre herabgesetzt worden war.

Die Arbeitgeber haben diesen Schiedsspruch angenommen, dagegen konnte der Zentralvorstand des Verbandes der Sattler, Tapetiere und Portefeulier diesem Schiedsspruch nicht zustimmen. Die Arbeitgeber haben daraufhin die Verbindlichkeitsklärung beim Reichsarbeitsministerium beantragt. In Verhandlungen, die dieser Tage nochmals auf Ersuchen der Arbeitgeber stattfinden, erklärten diese, daß sich die östlich von Berlin gelegenen Bezirke Deutschlands von der Verbindlichkeitsklärung ausschließen lassen wollen, da ihnen der Schiedsspruch noch zu weit geht. Nach der Meinung der Arbeitnehmervertreter kann sich aber das Reichsarbeitsministerium diesem Verlangen der Unternehmer nicht anschließen, da bei einer Verbindlichkeitsklärung das Ministerium nicht das Recht hat, Forderungen im Schiedsspruch von sich aus vorzunehmen. Die Verhandlungen verliefen im übrigen resultatlos.

Lohnverhandlungen für die Privatelektrizitätswerke.

Die Löhne in den privaten Elektrizitätswerken schwanken zurzeit bei einer 50stündigen Arbeitswoche zwischen 43 und 62 Btg. Dazu kommt eine sogenannte Leistungszulage, die jedoch von der Arbeiterschaft als ungerecht und unsozial abgelehnt wird. Der geltende Lohnsatz besteht seit Januar und ist infolge der Erhöhung der Lebenshaltungskosten überholt. Trotz sieben Verhandlungen und Schiedsgerichtssitzungen war es nicht möglich, eine wesentliche Lohnaufbesserung zu erreichen. Entgegen der Angabe der Unternehmer, der Geschäftsgang sei schlecht, wurde festgestellt, daß eine Zunahme der Ailomarktlöhne zu verzeichnen ist. Die Arbeiterschaft besteht unter allen Umständen darauf, daß ihre Löhne aufgebessert werden. Die gestrigen Verhandlungen haben wiederum kein positives Ergebnis. Die Arbeitnehmer haben daher den Schlichtungsausschuß angerufen, der am Montag mittag eintritt.

Maschinenisten und Geizer.

In der gestrigen Generalversammlung berichtete Mayer über den Verlauf des Herbsttages. Der Bericht des von der oppositionellen Richtung gewählten Delegierten war jedoch recht dürftig und sehr einseitig. Der Geschäftsbericht wurde von ihm überhaupt nicht erwähnt. Er verfuhrte u. a. auch die Ausführungen des früheren Verbandsvorsitzenden Gerhards Scheffel zu entstellen.

In der Aussprache stellten die Redner fest, daß Mayer die Verhandlungsverhandlungen nicht erzählt hat. Als Kuriosum sei mitgeteilt, daß M., als er von einem Delegierten auf dem Verbandstag gefragt wurde, ob er Kommunist sei, antwortete: „Im Gottes Willen, ich bin seit Januar politisch nicht mehr organisiert.“ Bei den Delegiertenwahlen ließ er sich aber als Kommunist wählen. Genosse Seidel berichtete, daß auf dem Verbandstag die Anträge der Berliner Geschäftsstelle abgelehnt wurden.

Es wurde beschlossen, auf den Beitrag einen Votenzuschlag von 10 Pf. ab 1. September zu erheben.

Genosse Holz ermahnte zum Schluß die jüngeren Kollegen zur Einigkeit und gewerkschaftlicher Aktivität.

Bauarbeiterlöhne in Rheinland-Westfalen.

Der am 4. September in Dortmund gefällte Schiedsspruch sieht für die Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tischbauarbeiter folgende Stundenlöhne vor: im besetzten und unbesetzten rheinisch-westfälischen Industriegebiet 74, 60, 53 Pf., für das westfälische Randgebiet 70, 56, 49 Pf., für Düsseldorf 78, 64, 59 Pf., für Koblenz 73, 59, 55 Pf., für Bonn 75, 61, 57 Pf., für Trier 76, 62, 59 Pf. und für Köln 79 Pf. für Maurer, 64 Pf. für Bauhilfsarbeiter und 61 Pf. für Tischbauarbeiter. Am Montag fällt die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruchs und damit über die Aufhebung oder Fortdauer der Aussperrung.

Arbeiterschutz in Polen.

Im Ministerium für Arbeit und soziale Fürsorge fand eine Sachverständigenkonferenz über die beschleunigte Einführung eines Gesetzes betreffend den Arbeiterschutz für Frauen und Kinderjährige statt. Das Gesetz soll teilweise bereits am 1. November, im übrigen aber, soweit Kosten und Pflichten der über hundert Unternehmungen, welche Frauen beschäftigen, in Frage kommen, am 1. September 1925 in Kraft treten.

Der Bergarbeiterstreik in Belgien.

Seit zwei Wochen streiken die Bergleute der Kohlengruben des Bergengebietes Hennegau, die bekanntlich zu den ertragfähigsten Belgiens gehören. Die Arbeitslosenbedeutung ist allgemein. Die Zahl der Streikenden beträgt 35000. Der Streik ist ausgebrochen wegen einer Lohnkürzung von 5—10 Proz., die von den Unternehmern willkürlich vorgenommen wurde, zuerst im Juni auf der Zeche Rien de Coeur und dann Anfang August auf allen

anderen Zechen des Beckens, ohne die paritätische Kommission für den Bezirk, wie rechtens, vorerst damit zu befallen. Die Unternehmer begründen die Lohnkürzung mit dem Hinweis auf die schlechte Lage des Kohlenmarktes in Belgien. Im besonderen behaupten sie sich, daß der Verkauf von 450 000 Tonnen deutscher Kohle auf Kosten des Kohlenmarktes im Boringe erfolge. Die Gruben des Boringe fördern hauptsächlich Industriekohlen, und zwar an die 400 000 Tonnen im Monat. Dagegen behaupten die Bergleute, daß die Lage keineswegs so schlecht sei, daß das vergangene Geschäftsjahr außerordentlich günstig für die Unternehmer war und daß übrigens das Leben in letzter Zeit leuder würde. Um den Konflikt beizulegen, habe die paritätische Landeskommission für den Bergbau auf Anregung der Vertreter der Arbeitnehmer vorgeschlagen, die Arbeitgeber sollten die Lohnkürzung aufheben und eine Regierungskommission mit der Streitfrage befaßt. Die Unternehmer stimmten nach langen Verhandlungen einer offiziellen Unternehmung über die Lohnfrage zu, ohne aber die Lohnkürzung rückgängig zu machen. Inzwischen hat die Bergbauverwaltung ihre Unternehmung über die Lohnfrage vorgenommen, und man erwartet die Veröffentlichung ihrer Schlussfolgerungen.

Wie die Ill. heute meldet, ist das Gutachten zugunsten der Unternehmer ausgefallen. Die Grubenkommission konnte in ihrer letzten Sitzung zu keinem Ergebnis gelangen, da die Arbeitgeber auf ihrem Standpunkt beharren. Eine neue Zusammenkunft ist auf Dienstag anberaumt. Die Streikbewegung dauert vorläufig noch fort.

Theater der Woche.

Vom 7. bis 15. September 1924.

Volksbühne: 7. u. 8. Schneider Witbel, 8. u. 10. Johann, 11. u. 12. Der Feindhaide, Die Rache des verdrängten Erbhabers, 13. Don Carlos, 14. u. 15. Salomėja. — **Opernhaus:** 7. Rosenkavalier, 8. Rigoletto, 9. Schatzgräber, 10. Die tote Stadt, 11. Ahringolli, 12. Der fliegende Holländer, 13. Maeterlinck, 14. Carmen, 15. Halkin. — **Kroll-Oper:** 7. Tiefenland, 8. u. 11. Madama Butterfly, 9. u. 10. Boheme, 10. Daisies Weiber, 12. Der Geierfalken, Taffel, Rammertänze, 13. Losen, 14. Cavalleria Rusticana, 15. Jago. — **Schauspielhaus:** 7. u. 10. Armer Beter, 8. u. 11. König Nicola, 12. u. 14. Medea, — **Schiller-Theater:** 7. u. 12. u. 14. Hoffmanns Erzählungen, 8. u. 9. Prometheus, 10. u. 11. 13. u. 15. Canthos, — **Deutsches Theater:** 7. u. 8. Scherz, Satire, Ironie und tieferer Scherz, 9. u. 10. Samson, — **Kammerspiel:** 8. u. 9. u. 11. Kräftiges Gewissen, 10. 12. u. 13. u. 14. Fräulein Julia, 15. u. 14. Der Arzte, — **Hoftheater:** Hien und acht, — **Theater in der Königstraße:** Straß: Hans Sonnenhörsers Hühnerst, — **Deutsches Opernhaus:** 7. u. 15. Die Nickermaus, 8. Kohlenprinz, 9. Hoffmanns Erzählungen, 10. Zornhäuser, 11. Die Fabelschiff, 12. Fabelio, 13. Cornelia, 14. Albo, — **Großes Schauspielhaus:** Die acht Gebote (Film), — **Reinhold-Theater:** Der Scheiterhaufen, — **Die Tribüne:** Der Gatte des Fräuleins, — **Deutsches Schauspielhaus:** Der Tanz um die Liebe, — **Romanienhaus:** Mein Vater Edward, — **Deutscher Theater:** Der alte Kocler, — **Neues Theater am Joch:** 8. u. 10. Die Reife nach Amerika, — **Triana-Theater:** Die — **Central-Theater:** Der Schwilenswurm, — **Theater in der Kommandantenstraße:** Wiler Globus traitor, — **Dramatisches Theater:** 8. bis 10. Briefe mit ausländischen Worten, 7. Office und Seanne, 11. bis 15. Komödie um Kolo, — **Romische Oper:** Das hat die Welt noch nicht gesehen! — **Kupplung:** Die Zwillingen, — **Metropol-Theater:** Wassilchen, — **Theater am Rollenbühl:** Götz von Berliching, 2. Teil (Film), — **Theater am Kurfürstendamm:** Die Frau ohne Ruh, — **Kleines Theater:** Der Zeufelschloß, — **Wallner-Theater:** Uriel Acosta, — **Walhalla-Theater:** Boris's Vorführung, — **Kolo-Theater:** Meine Braut — Mein Brout, — **Antimes Theater:** Crepe Georgette, Besuch im Bett, Daß dich nicht immer so nach dem, — **Rafino-Theater:** Ruch Liebe schön sein, — **Schlesier-Theater:** Stenilo, 8. u. 9. Geschlossen, 10. bis 15. Der Prinz von Somburg, — **Theater im Admiralsplatz:** Ruch und Ruch!

Rachmittagsvorstellungen. Volksbühne: 7. 11½ Uhr. Lohr, feier: Vorbild des Arztes, Die Rache des verdrängten Erbhabers, 14. Don Carlos, — **Deutscher Theater:** 14. Der fliegende Holländer, — **Central-Theater:** 7. Der Schwilenswurm, 13. Jäger's-Räuber: Sparganis auf Touris, — **Theater in der Kommandantenstraße:** 14. Die Wädel von Dasso.

Verantwortlich für Inhalt: Graf Reuter, Wirtschaft: Klaus Solerius; Gewerkschaftsbewegung: Friede, Chlora; Freileitung: A. S. Föhler; Soziale und Genossen: Felix Ruchardt; Anzeigen: H. Gieseler; Ähnlich in Berlin, Verlag: Bornhans-Berlin G. m. b. H., Berlin, Brand: Bornhans-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 68, Lindenstraße 2.

Technische Lehrvorträge und Übungen für Kaufleute

veranstaltet von der **Gesellschaft zur Verbreitung technischen Wissens in der Kaufmannschaft m. B. H.**
Hochbau - Tiefbau - Maschinenbau
Elektrotechnik - Gas, Wasser, Heizung und Lüftung.
Beginn der Vorträge: Mitte Septbr. 1924.
Drucksachen und Auskünfte kostenlos durch die Geschäftsstelle: Dr. Hauer, Charlottenburg, Stormstr. 3. Sprechstunden: Mittwochs und Sonnabends 4-5 nachm., sowie Sonntags v. 11-12.
Fernsprecher: Westend 993 und 698.

BEINKRANKE!
Offene Beine, Krampfadernleiden und Geschwüre aller Art heilt ich unter Garantie ohne Berufsstörung.
Erste Behandlung kostenlos!
Heil-Institut H. A. Müller
Berlin SW 68, Markgrafenstr. 83, v. 1.
Sprechz. 9-12 u. 2-7, Sonntags 9-12 U.

Berliner Elektriker-Genossenschaft

angeschl. dem Verb. sozialer Baubetriebe
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88
Fernsprecher: Norden 1198
Herstellung elektr. Licht-, Kraft- und Signalanlagen - Verkauf aller elektrischer Bedarfsartikel - Ausführung sämtl. Reparaturen - Preiswerte, gediegene Arbeit -
Jungere Mann, mit guten Zeugnissen und technischen Kenntnissen, sucht Stellung irgendwelcher Art. Angebote D. 35 Hauptexpedition Herwegh 1116b

Herbst-Moden-Ausstellung

Aparte Neuheiten
in Damen-Konfektion / Putz
Kleiderstoffen / Seidenstoffen
Herren-Konfektion / Schuhwaren

Beachten Sie unsere Schaufenster-Auslagen!
Mittags von 1 Uhr bis 3½ Uhr geschlossen!



Kleine mod. Glocke aus Zyliedergewebe mit feiner Bandgarntur 8.75

Kleid aus reinwollnem Cheviot 7.90
Kleid aus Gabardine, in vielen schönen Farben 13.50
Mantel aus mellert. Stoff, jugendliche Form 14.75

Herr. Wint. Mantel 54.00
m. angewebtem Futter, moderne Form
Herr. Wint. Mantel 65.00
Kurz, halbbare Qualität, guter Sitz
Herren-Anzüge 68.50
farbig, m. Nadelstreifen, in verschied. Dessins

Moderne Filzhüte 4.90
in allen Formen und Farben
Klein. Zylinderhut 6.85
feine Form, mit schwarz-weißer Bandgarntur
Jugendl. Silkinerhut 8.50
in allen Farben, mit Bandgarntur



Kleine aufgeschobene Form aus Zyliedergewebe m. feiner Bandgarntur u. mod. Agraffe 9.50

Kunstseiden-Trikot-Kleid 14.75

H. Joseph & Co., Neukölln, Berliner Str. 51-55